

Fassung zur Veröffentlichung Referat: Arbeiterjugendbewegung gegen Faschismus und Gründung der FDJ vom FDJ-Seminar zur Sicherheitsstrategie für Deutschland in Ilmenau 06./07.12.08

Dieses Referat hat zur Aufgabe den Kampf der Arbeiterjugend gegen Faschismus und Krieg zu verdeutlichen. Ein Kampf, der nicht vereint geführt wurde, sondern in dem sich die Zersplitterung der Jugend zeigte, wodurch letztlich der Faschismus nicht verhindert werden konnte und großen Einfluß unter der Jugend erreichte, was letztlich den Aufbau der FDJ notwendig machte.

Wie war die Klassensituation in der Weimarer Republik zwischen 1929-1933?

Ökonomisch führte die Wirtschaftskrise in den USA zur Weltwirtschaftskrise in allen kapitalistischen Ländern. So waren 3,3 Millionen Arbeitslose in der Weimarer Republik zu verzeichnen. Darunter war jeder 3. Arbeitslose unter 25 Jahren. Die Folgen waren Lohnsenkungen, Arbeitshetze, Obdachlosigkeit und eine hohe Selbstmordrate unter der Jugend (z.B. 1930/31: 6.000 Jugendliche). Die Innenpolitik der Weimarer Republik war gekennzeichnet vom Missbrauch des §48 der W.V., den sogenannten Notverordnungen. Sie befugten den Reichspräsidenten zu diktatorischen Vollmachten, wie dem Ausschalten der Grundrechte und der Auflösung des Parlaments. Weitere Absenkung der sozialen Leistungen und große finanzielle Zuwendungen an die Monopolisten von Seiten der Regierungen waren die Folge. Außenpolitisch wurde die Krise vom deutschen Monopolkapital für ihren Kriegskurs benutzt. Hitler und die NSDAP erwiesen sich dabei als Garant für die Politik der aggressivsten Monopolisten (Krupp, Thyssen, AEG,..). Sie stützten Hitler mit finanziellen Zuwendungen. Die Faschisten nutzten die soziale Mißlage in der Bevölkerung und schürten den chauvinistischen Nationalismus. Sie verankerten sich so innerhalb der Jugend mit materiellen Versprechungen, die sie als Handlanger des Monopolkapitals objektiv nicht einhalten konnten und somit die Jugendlichen anlockten, um sie als Kanonenfutter zu verheizen.

Organisationen, mit denen die Faschisten um Jugendliche warben, waren die SA, die Deutsche Turnerschaft, der Jungstahlhelm, der Kyffhäuserbund, u.a.. Die SA gewann vor allem in kleinbürgerlichen Kreisen Einfluss, strebte jedoch auch in die Arbeiterjugend. 1930 hatte die HJ 18.000 Mitglieder. Die militärische Erziehung durch die Faschisten an Schulen gewann an Einfluss, nachdem Faschisten in einigen Ländern, z.B. Thüringen, Positionen innerhalb der Lehrerschaft und der Landesregierung inne hatten. Fortschrittliche Organisationen wurden dagegen von staatlicher Seite verboten, wie z.B. die Rote Jungfront, der Jungspartakusbund und Teile des KJVD sowie den Freidenkern und den antifaschistischen Jungen Garden. Die bürgerlich-demokratischen Organisationen (ca. 100) dienten zumeist den Interessen des Monopolkapitals und beförderten den Faschismus noch, da sie auf einen gemeinsamen Kampf um demokratische Rechte in der Einheitsfrontbewegung verzichteten und den Faschismus verharmlosten. In vielen dieser Organisationen war die Trennung von politischer und Jugendarbeit ein wichtiger negativer Faktor. Zum Beispiel lehnten die Pfadfinder, die Wandervögel und die ev.+kath. Jugend die offene politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus ab. Die Zersplitterung unter der Jugend und ihre fortschreitende Entrechtung leisteten der Militarisierung Vorschub. Die wichtigsten Verbände, die gegen den Faschismus kämpften waren einerseits der KJVD und Teile der SAJ. Zwischen ihnen gab es ebenso Gräben, die größtenteils nicht überwunden werden konnten.

Zum Kampf des KJVD. Auf dem 11. Verbandskongress des KJVD im September 1929 wurde die Ausrichtung der KPD übernommen. Dazu gehörte der Kampf gegen den reformistischen Flügel der Sozialdemokratie, die den Faschismus verharmlosten und nicht sahen, dass a) die Faschisten die Handlanger des Monopolkapitals sind und b) der Staat, weil er imperialistisch ist, keine über den Klassen stehende Ordnungsmacht ist. Zum Kampf gehörte

die Gewinnung des fortschrittlichen Teils der Sozialdemokratie für eine Einheitsfront und es wurde die Haltung zur SAJ u.a. sozialdemokratischer Organisationen diskutiert. Der linke Flügel der Sozialdemokratie und die Arbeiteropposition sollten gestärkt werden und es sollte eine praktische Politik hin zur Arbeiterpolitik und weg von Phrasen begonnen werden. Der KJVD hatte 1929 ca. 22.000 Mitglieder, war aber verankert in Betrieben, wo der Sympathisantenkreis höher war. Die Einschätzung des KJVD, 1929, verdeutlicht noch einmal ihre Haltung: **„Gerade die letzten Wahlen in Deutschland zeigen so deutlich das Anwachsen des Faschismus [. . .] Unter der Anwendung scheinradikaler, demagogischer Phrasen mit dem Namensschild 'Arbeiterpartei', versucht der Faschismus vor allen Dingen die Arbeiterjugend als Gefolgschaft zu gewinnen.“**

Die rechten Führer der Sozialdemokratie dagegen wollten die Heraushaltung der SAJ aus politischen Fragen und die Hinwendung zu allgemeinen Bildungsfragen. „Sozialismus“ sollte „im Kleinen gelebt“ werden, trotz der für die Jugendlichen feindlich gesinnten Umwelt. Die Haltung der Sozialdemokratie spiegelt sich in folgendem Zitat wider: **„[. . .] die faschistische Bewegung könne wohl große Verwirrung anstiften und viel Elend bringen, aber 'sie ist ein Wölklein, dass vorübergeht'.**“ Eine weitere Schwäche der SAJ war die Unterschätzung der Betriebsarbeit und unter den Erwerbslosen. Ihre Jugendarbeit beschränkte sich vorwiegend auf die Arbeit innerhalb ihrer Gruppen. Die Gründe für die Opposition innerhalb der SAJ waren an die Forderung nach proletarischen Jungordnergruppen und einer antifaschistischen Ausrichtung geknüpft, wie z.B. beim Jugendaktionstag der SAJ in Lüneburg 1930.

Die Arbeit in Betrieben und unter Erwerbslosen hatte der KJVD im Kampf gegen den Faschismus aufgenommen, da erwerbslose Jugendliche z.B. der faschistischen Ideologie leichter zum Opfer fallen konnten und Erwerbslose auch als Streikbrecher gegen ihre Kollegen eingesetzt wurden, was zur Spaltung und Isolierung führte.

Die rechte Sozialdemokratie war teilweise mit dem imperialistischen Staat verwachsen, d.h. sie hatte Ämter der Polizei und im Arbeitsamt inne, so dass sie damit z.B. die Verhaftung fortschrittlicher Kräfte und die Eingliederung von Jugendlichen in den „freiwilligen“ Arbeitsdienst beförderte.

Der KJVD stellte im Sommer 1930, sein „Programm gegen Hungeroffensive und drohende faschistische Diktatur“ auf. Sie unterstützten die KPD, die einen Kampfbund gegen Faschismus, eine überparteiliche, proletarische Massenorganisation, gegründet hatte, in dem sie dort Jugendstaffeln aufstellte. Im Frühjahr 1931 begann der 1. Kampfkongress der werktätigen Jugend Deutschlands, initiiert durch den KJVD im Bündnis mit organisierten und nicht organisierten, kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Jugendlichen.

Zu dieser Zeit verschärfte sich die Situation für die Jugend. Im Frühjahr 1931 wurde mit Hilfe von Notverordnungen Massnahmen, wie Lohnsenkung (10-15%), Streichung der Arbeitslosenunterstützung für alle unter 21 und ein „freiwilliger“ Arbeitsdienst geschaffen. Danach erhielten z.B. 1,15 Millionen Arbeitslose keinerlei Beihilfen vom Staat. Der „freiwillige“ Arbeitsdienst sah Arbeiten vor, für die der Staat kein Geld hatte und die mit ca. 40-50 Pfennig Taschengeld „entlohnt“ wurde und meist 4-6 Wochen nur befristet war. Neben der Ausbeutung der Arbeiter im Arbeitsdienst, diente sie der Vorbereitung auf den späteren faschistischen Arbeitsdienst durch militärischen Drill, durch reaktionäre Schulungen und Wehrsport. Im Frühjahr 1932 verschärfte sich die Wirtschaftskrise weiter und die Arbeitslosenzahlen sprangen auf 7 Millionen an. So dass Ende 1932 schon 280.000 Jugendliche im Arbeitsdienst erfasst waren. Der KJVD kämpfte innerhalb der Arbeitslager für die Abschaffung des militärischen Drills und die generelle Abschaffung der Lager, was bei 14 Lagern zur Auflösung führte.

1931 kam es auf dem Parteitag der SPD zur Auflösung der Jungsozialisten. Diese hatten sich 1924 als Opposition

zum rechten Flügel gegründet. Es wurde ein scharfer Kurs gegenüber oppositionellen SAJlern gefahren. Ein Teil ging daraufhin zur KJVD über. Ein anderer Teil, die Mehrheit, gründete im Oktober 1931 den Sozialistischen Jugendverband SJV. Dort wurden antikommunistische und antisowjetische Haltungen vertreten, was eine Zusammenarbeit mit der KJVD erschwerte.

In den Gewerkschaften waren ca. 300.000 Jugendliche organisiert und auch hier gab es die Losung zur Heraushaltung der Jugend aus der politischen Betätigung und Hinwendung zur Bildungspolitik. Die Gewerkschaftsjugendbewegung war keine organisatorisch und politisch selbständige Bewegung, d.h. die Jugend war den Beschlüssen und Vorschriften der Leitungen des jeweiligen Industrieverbandes unterworfen. Was z.B. mit folgendem Zitat deutlich wird: **„Die hier und dort noch vorhandene Auffassung, daß das Leben und Treiben in den Jugendabteilungen am Besten den Jugendlichen selbst zu überlassen sei, wird revidiert werden müssen. Es war nie deutlicher als jetzt sichtbar, daß die Arbeit an der Jugend eine allgemeine gewerkschaftliche Angelegenheit von größter Bedeutung ist, für die die besten und erfahrensten Funktionäre gerade gut genug sind.“** Diese Art der Politik führte u.a. zur Resignation unter den Mitgliedern und zum Rückgang der Mitgliederzahlen von 1929-30 um 30.000.

Innerhalb der KJVD kam es zur Auseinandersetzung mit der Neumann-Gruppe. Sie verfolgte Losungen wie „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie seht!“ und „Liquidierung der SAJ!“. Diese Losungen wurden als falsch, vor allem von Ernst Thälmann, erkannt und scharf bekämpft, denn sie hätten zu individuellem Terror geführt, der nicht das faschistische System angegriffen hätte hinter dem die großen Monopole stehen, sondern sie hätte die Mitglieder der faschistischen Organisationen und deren ideologische Anhänger in einen Topf geworfen, ohne die Widersprüche des Faschismus aufgedeckt und bekämpft zu haben; und damit nicht die Mehrzahl der Jugend gewonnen. In die ähnliche Richtung ging die Ablehnung der Liquidierungslosung, da sie ebenso die Frustration über die rechte Sozialdemokratie in einen Topf mit den fortschrittlichen, zu gewinnenden Teil, der Sozialdemokratie geworfen hätte und sich Möglichkeiten des Kampfes verschenkt hätte.

Im Mai 1932 erfolgte der Aufruf der KPD mit Ernst Thälmann zur Gründung einer Antifaschistischen Organisation. Seine einzige Bedingung war die für den Kampf gegen Faschismus und Krieg unabhängig von organisatorischer Zugehörigkeit. Die HJ und SA bekamen in dieser Zeit immer mehr Zulauf und auch die Übergriffe durch die SA häuften sich, was durch die Reaktion unter den Regierungen Papen und Schleicher gefördert wurde (z.B. Aufhebung des Uniformverbots für die SA). Am 30.01.1933 kam es zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Sein Ziel, was er kurz danach schon verlauten ließ: war Krieg. Seine Rede vom 02.02.1933 zeigte deutlich die Ausrichtung der Faschisten: „Zuvor aber muss die Staatsführung dafür sorgen, dass die Werktätigen nicht durch Pazifismus, Marxismus und Bolschewismus vergiftet werden.“ Die kommunistischen Organisationen wurden verboten. In der Sozialdemokratie herrschte weiterhin der Glaube, man würde verschont werden. Im Sommer 1933 wurden jedoch auch sie und viele weitere bürgerliche Parteien und Organisationen verboten. Der Kampf in der Illegalität war sehr erschwert. Viele Kommunisten und Widerständler wurden verhaftet, in Gefängnissen und Kzs gebracht und ermordet, Tausende mussten ins Exil gehen.

Georgi Dimitroffs Anklage vor dem faschistischen Reichsgericht Leipzig zur Reichstagsbrandstiftung sollte ein Exempel der Faschisten darstellen, gegen wen ihr Kampf eigentlich ausgerichtet war. Der Prozeß wurde national und international aufmerksam beobachtet und Dimitroff gab den illegal arbeitenden Antifaschisten Mut und Hinweise für Möglichkeiten des legalen Kampfes. Weitere wichtige Etappen im illegalen Kampf der KPD und der KJVD waren die Reichskonferenz der KJVD im Dezember 1934 und die Brüsseler Konferenz der KPD im

Oktober 1935. So wird von der Brüsseler Konferenz die Losung zum Kampf innerhalb der faschistischen Organisationen herausgegeben, um die Demagogie der Faschisten und ihre Widersprüche aufzudecken. Ziel war die dort organisierte Jugend in den antifaschistischen Kampf zu bringen und ihnen eine wirklich Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Die Spaltung der Arbeiterjugend wurde von den Erwachsenen als nicht so groß, wie unter ihnen eingeschätzt und ihre Überwindung für möglich gehalten. Sie strebten hin zur Bildung einer antifaschistischen Massenorganisation („Für die freie, deutsche Jugendbewegung!“). Diese Organisation sollte weitestgehend selbständig sein, sich mit allen Jugendproblemen in eigener Methodik auseinandersetzen und sich selbst erziehen. Sie sollte kein kommunistischer Verband sein.

So kam es zur ersten Gründung der FDJ 1936 in Paris. Sie bildete sich aus dem Zusammenschluss von KJVD, SAJ und SJVD. Doch die Jugendverbände ließen ihren alten Jugendverband noch bestehen und hatten somit eine Doppelmitgliedschaft. Sie veröffentlichten eine politische Erklärung in einer Pariser Zeitung. 1938 brachten sie Programm und Statut heraus. 2/3 der männlichen FDJ-Mitglieder aus Paris kämpften in den internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges gegen die faschistischen Aggressoren aus Deutschland und Italien. Die verbliebenen Mitglieder in Paris sammelten Geld für das spanische Volk.

Die ersten Treffen zur Vereinigung der politischen Jugendverbände fanden Anfang 1935 in Prag statt. Alle vier Wochen trafen sich die Gruppenvorsitzenden. Am 8. Mai 1938 kam es auf einer Jugendkonferenz mit 85 Jugendfunktionären (35 KJVD, 20 SAJ, 12 SJVD, 12 von jüdischen Jugendorganisationen und 6 von weiteren sozialdemokratischen Strömungen) zur Gründung der FDJ. Der SPD-Parteivorstand, sowie die SJI um Ollenhauer, lehnten weiterhin die Vereinigung der antifaschistischen Jugend ab. Erst mit der Besetzung des Landes durch die Hitlerfaschisten gingen sie darauf ein.

Die FDJ'ler waren gezwungen aus Deutschland zu fliehen. 40 von ihnen gingen nach England. In Großbritannien lebten 1939 25.000 Jugendliche unter 25 Jahren aus Deutschland. Die FDJ war in 23 Städten mit 600 Mitgliedern organisiert. Dort wurde die FDJ im Juni 1939 gegründet und auf dem Sommercamp 1939 verwendete die FDJ ihr Symbol der aufgehenden Sonne auf blauer Fahne zum ersten Mal.

Die FDJ-Mitglieder arbeiteten dort wo britische Arbeitskräfte für die britische Armee abgezogen waren oder in der Rüstungsindustrie. Ab 1943 konnten sich auch Emigranten in die britische Armee melden. 160 Mitglieder der FDJ meldeten sich freiwillig für die britische Armee, wurden ausgebildet und kämpften später in der zweiten Front gegen die Hitlerfaschisten.

Die FDJ führte in England jährlich eine Landeskonferenz durch, auf der die politischen Aufgaben festgelegt wurden. 1946 beschloss die FDJ in England auf ihrer 6. Landeskonferenz sich der FDJ in Deutschland anzuschließen. 200 von ihnen gingen nach Deutschland, die meisten in die sowjetische Zone, zurück.

Das zweite Drittel blieb in England und das letzte Drittel emigrierte in andere Staaten.

Literatur: Abriß der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Teil 1.
Dokumente zur Brüsseler Konferenz der KPD 1935
Michas Referat